



Galaxy 40x.  
Mathe ohne Unbekannte,  
das ist sein  
großes Geheimnis.

Für Schüler und Studenten. Der ideale Rechner, der das Matheleben leichter macht. Alle Eingaben erfolgen so, wie man sie auch schriftlich notieren würde. Trigonometrische und verschiedene logarithmische Berechnungen sind ebenso selbstverständlich wie Winkelmaße, polare und kartesische Darstellungsweisen. Für Rechenoperationen, die öfter ausgeführt werden müssen, gibt es zwei unabhängige, konstante Operatoren. Wer also Horror vor Matheaufgaben hat, sollte einfach den Galaxy 40x aus dem Etui ziehen. Er wird sein bester Freund. **Rechner, die Ihre Sprache sprechen.**



nicht nur der Roten, sondern auch schon der zaristischen Armee, nicht mehr sicher sein: Ein ukrainischer Offiziersbund, der angeblich bereits 25 000 Mitglieder hat, ruft „zum Schutz der ukrainischen Souveränität und Freiheit“ auf und verlangt, Beförderungen dürften nur noch mit seiner Zustimmung vorgenommen werden.

Zugleich will Kiew eine „Nationalgarde“ mit bis zu 50 000 Mann aufstellen, die an alte Kosaken-Traditionen anknüpfen soll und deren Dienstränge vom Kosaken über den Dessjatinik (Unteroffizier) bis zum General-Sotnik schon festgelegt wurden.

Bei all diesen Manövern zur Vorbereitung der Unabhängigkeit versucht Krawtschuk, seinen Kollegen Boris Jelzin nicht allzusehr zu reizen. Erst wenn dessen Wirtschaftsreformen greifen, so geben Krawtschuk-Gefolgsleute offen zu, könne es auch in der Ukraine aufwärtsgehen.

Gern streicht Krawtschuk, um sich selbst aufzuwerten, die Bedeutung von direkten Absprachen zwischen ihm und Jelzin heraus: „Ich vertraue mehr auf den Vertrag mit Rußland als auf diese ganze Union, weil ich da genau weiß: 40 Millionen Tonnen Öl von dort, 1,15 Millionen Tonnen Zucker von uns – das ist eine ordentliche Sache.“

Das russische Öl ist nur eine Trumpfkarte, um die Ukraine nicht völlig aus dem Moskauer Machtbereich entweichen zu lassen. Eine andere sind die 80 Milliarden Rubel ukrainischer Schulden, die Jelzin zu streichen versprochen hat, wenn Kiew im Unionsgespann bleibt.

Wenn nicht, verlangt Jelzin einen hohen Preis – in Geld und auch an Land: Die Krim, derzeit überwiegend von Russen bewohnt und erst 1954 der Ukraine zugeschlagen, will er dann nicht unter der gelb-blauen Fahne lassen.

Tschechoslowakei

## Verachtetes Gebiet

Präsident Havel fürchtet eine Staatskrise. Um sie abzuwenden, verlangt er mehr Macht für sich selbst.

**V**áclav Havel, der Prager Held der sanften Revolution, rief das Volk noch einmal auf die Straße, und die Massen erhörten ihn. Mehrere zehntausend Bürger demonstrierten vorige Woche mehrmals auf dem Wenzelsplatz für ihren Staatschef.

Nicht gegen die Feinde von gestern machte Havel diesmal mobil, sondern

gegen die neuen, demokratisch gewählten Politiker:

Sie seien allesamt „unfähig“, schimpfte der Präsident im Fernsehen, dienten nur der Eigensucht ihrer Parteien und führten das Land in den Untergang. „Es geht heute darum, ob wir eine zivilisierte europäische Demokratie oder ein verachtetes Gebiet mit unablässigen Konflikten und permanenter Unordnung werden.“

Die Bürger, so Havels Appell, müßten in beiden Landesteilen, dem tschechischen und dem slowakischen, Druck auf die gewählten Abgeordneten ausüben, damit die staatliche Einheit erhalten bleibe. Zugleich schlug er vor, ihn selbst mit den notwendigen Befugnissen zu versehen, um das Auseinanderbrechen von Tschechen und Slowaken zu verhindern.

So reklamierte er das Recht, das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben zu können. Zudem müsse es dem Präsidenten möglich sein, ein Referendum über die zukünftige Staatsform zu erzwingen.

Ein neues Wahlgesetz solle ebenfalls her, mit einer Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, damit die Parteien-Anarchie ein Ende habe – mit fast gleichen Mitteln kämpft auch in Polen Staatspräsident Lech Walesa um mehr eigene Machtbefugnisse gegen das Chaos im Parlament.

Anlaß für Havels dramatischen Aufruf ist der Nationalitätenstreit, der den letzten noch intakten Mehrvölkerstaat des ehemaligen kommunistischen Blocks schon seit der Wende lähmt.

Böhmen, Mähren und Slowaken, die 1918 aus der Erbmasse der untergegangenen Monarchie Österreich-Ungarn entlassen und zum neuen Staat Tschechoslowakei zusammengefügt wurden, sind über die Frage zerstritten, wie sie in Zukunft zusammenleben wollen: als Föderation (ähnlich der Bundesrepublik), als Konföderation (nur noch durch eine Währungs- und Zollunion verbunden) oder als zwei getrennte, völlig unabhängige Staaten.

13 Sitzungen der nationalen Parlamente widmeten die Politiker bisher dieser Frage, eine Lösung wurde nicht gefunden, noch nicht einmal ein Minimalkonsens. Nicht nur Tschechen und Slowaken stehen sich unversöhnlich gegenüber, die beiden Staatsvölker sind auch in sich gespalten – Folge des Parteienwirrwarrs, der in der postkommunistischen Zeit entstanden ist.

Aus der von Havel bei der Wende angeführten Bürgerbewegung, die auch die Regierung bildete, sind inzwischen fünf miteinander rivalisierende Parteien hervorgegangen.



Sympathiekundgebung für Präsident Havel\*: „Permanente Unordnung“



Slowakischer Separatist Mečiar Vor Irrwegen gewarnt

Der konservative tschechische Flügel, der jetzt „Demokratische Bürgerpartei“ heißt, hat sich unter der Führung von Finanzminister Václav Klaus rigoros der freien Marktwirtschaft verschrieben. Der linke Flügel, der jetzt „Bürgerbewegung“ heißt und Außenminister Jiří Dienstbier zum Vorsitzenden hat, ist beim Umbau der Wirtschaft für mehr soziale Rücksichtnahme. Hinzu kommt die „Demokratische Bürgerallianz“ von Wirtschaftsminister Vladimír Dlouhý.

Auch das slowakische Pendant zum Bürgerforum, die Vereinigung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“, hat sich gespalten: in die neue, fast bedeutungslose „Demokratische Bürgerunion“ und in

die radikal nationalistische „Bewegung für eine demokratische Slowakei“.

Alle fünf Parteien, die eine Regierungskoalition bilden, haben bei 300 Parlamentssitzen mit 151 Abgeordneten nur noch eine hauchdünne Mehrheit. Stärkste Fraktion sind mit 47 Abgeordneten die Kommunisten – die zwischen einer tschechischen und slowakischen Landesgruppe nicht trennen.

Protagonisten der Spaltung sind der ehemalige Premier der Slowakei, Vladimír Mečiar, und der Finanzminister der ČSFR, Václav Klaus. Mečiar tritt für eine völlige Unabhängigkeit seiner Heimat ein, und der tschechische Pfennigfuchser Klaus verspricht sich wirtschaftliche Vorteile, wenn Prag die Bürde der rückständigen Slowakei loswird. Nach gelungener Amputation, so glaubt er, könne der tschechische Landesteil sich schneller entwickeln.

In der Tat sind die Slowaken, trotz angestrebter Industrialisierung in den letzten 20 Jahren, noch immer die armen Brüder der Tschechen – Rückgrat ihrer Wirtschaft ist die Stahl- und Rüstungsindustrie, die unter den neuen Marktbedingungen nicht wettbewerbsfähig ist. Außenhandelsminister Josef Bakšay hat schon gewarnt, die Slowakei würde einen Alleingang „maximal ein Jahr aushalten“.

Seit Monaten blockieren die Parteien eine von Präsident Havel vorgeschlagene Volksbefragung, die einen Ausweg aus der Sackgasse weisen könnte. Selbst eine Unterschriftensammlung, in die sich schon 1,2 Millionen Bürger einge-

\* Vergangene Woche in Prag.

tragen haben, konnte die Politiker nicht umstimmen.

Havel, der für den Fortbestand der Föderation bei weitgehender Autonomie der beiden Einzelrepubliken plädiert, hat sein Schicksal als Präsident mit dem Ausgang des Volksentscheids verbunden: Er will zurücktreten, wenn die Mehrheit der zehn Millionen Tschechen und fünf Millionen Slowaken für die Trennung stimmt.

Um die Zustimmung für konstitutionelle Reformen zu gewinnen, lud Havel führende Parteipolitiker Anfang November zu Gesprächen in sein Bauernhaus

Hradeček nach Ostböhmen ein – vertraglich, die Runde ging mit unverbindlichen Erklärungen auseinander.

Aus Furcht vor der drohenden Staatskrise wandte sich Havel deshalb direkt ans Volk – und könnte damit den Zwist erst recht anfachen. In Prag, Pilsen und Ostrau kam es zu spontanen Solidaritätsaktionen. Vize-Innenminister Jan Ruml, der Direktor der Bundespolizei, rief sogar zu „zivilem Ungehorsam“ auf, sollten die Slowaken ihre Unabhängigkeit beschließen.

Separatist Mečiar hingegen befand, Havel sei auf „Irrwegen“, wenn er die

Bürger gegen die gewählten Volksvertreter ausspiele.

Andere Slowaken warnten vor einer Präsidial-Diktatur; das von Havel geforderte Recht, mit Dekreten zu regieren, wenn das Parlament beschlußunfähig sei, wiesen sie als „absolut unakzeptabel“ zurück.

Auch der tschechische Premier Petr Pithart, in der Staatsfrage grundsätzlich zu Kompromissen bereit, glaubt nicht, daß sich Havels Vorschläge durchsetzen lassen und das Parlament freiwillig auf seine Macht verzichtet: „Wir sind doch nicht in Rumänien.“

## „Die kriegen mich nicht“

SPiegel-Reporter Hans-Joachim Noack über Alexander Dubček und die tschechoslowakische Wendezeit

**W**ie er da so herumhockt, mit seinem von Anspannung erfaßten, pendelnden Oberkörper, aus dem bisweilen der Kopf zitternd hervorsticht, ähnelt der ältere Herr einem abgekämpften Raubvogel. Es folgen Momente einer seltsam anmutenden Erstarrung, in denen der Vorsitzende der tschechoslowakischen Bundesversammlung, Alexander Dubček, jeden einzelnen seiner Abgeordneten zu fixieren scheint. Doch der stechende Blick hat zugleich etwas Geistesabwesendes.

Während im Prager Parlamentssaal die Mitglieder der ersten frei gewählten Volksvertretung seit 1946 die Rechte von Hauseigentümern debattieren, widmet sich ihr Präsident einem gänzlich anderen Vorgang: Er grübelt über die Putschtage vom August in Moskau nach.

Unterbrochen von Pausen, in denen es spürbar in ihm arbeitet, schreibt er schleppend an einer „Dokumentation, die Ereignisse und meine Haltung dazu betreffend“. Sorgsam wird aufgeführt, wann und in welcher Form der Umsturzversuch von ihm kommentiert worden ist. Wie Dubček später verlauten läßt, geschah das „mehrfach und rechtzeitig“ – und zwar „per Fax“ mit guten Wünschen für Boris Jelzin.

Der nach Staatschef Václav Havel in der ČSFR ranghöchste politische Repräsentant steht unter Rechtfertigungsdruck. Vieldeutig hat ihn der rauschebärtige Anführer der Christdemokraten, Václav Benda, attackiert, „in der Sache Moskau zögerlich und abwartend gewesen zu sein“. Wer möchte, darf den schlimmen Verdacht heraushören, der

vormalige Erste Sekretär der KPČ habe klammheimlich mit dem Sieg der revoltierenden Clique um Gennadij Janajew gerechnet.

„To volá do nebe – das schreit zum Himmel!“ ruft der Angegriffene wütend aus, und in seine Züge gräbt sich der Abscheu über so viel Niedertracht ein. Kann er sich nicht auf Zeugen wie den allseits geschätzten Věnek Šilhán stützen, der in der sowjetischen Hauptstadt die von ihm verfaßten Solidaritätspapire zum Teil persönlich übergab?

So ist es besorgt worden, und der Abgeordnete Šilhán, der der Gruppe des liberalen Außenministers Jiří Dienstbier angehört, spricht nun entgeistert von einer „säuischen Unterstellung“. Aber was nützt das schon? In der Bewertung Dubčeks geht es kaum mehr um Fakten



Parlamentspräsident Dubček vor der tschechoslowakischen Bundesversammlung: „Das schreit zum Himmel“